



FREIE WÄHLER

Ein Rheinland-Pfalz für ALLE!



Wahlprogramm
2021

Wahlprogramm der Landesvereinigung FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021

FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz – Ein Rheinland-Pfalz für ALLE

Wir FREIE WÄHLER stellen die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt unserer Politik. Wir hören uns vor Ort an, welche Sorgen und Probleme die Menschen haben, und sind entschlossen, gemeinsam mit ihnen Rheinland-Pfalz eine bessere und aussichtsreichere Zukunft zu ermöglichen. Wir treten zur Landtagswahl an, um ohne eingrenzende Parteiideologien im Interesse aller Menschen eine sach- und menschenbezogene Politik zu gestalten. Wir wollen Alternativen aufzeigen und der Landespolitik eine neue, bürgernahe Orientierung geben.

Wir FREIE WÄHLER sind Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die politische Verantwortung zum Wohle der Menschen in unserem Land übernehmen wollen. Wir wollen die Bürger stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen und die direkte Demokratie stärken.

Wir wollen eine Bürgergesellschaft, die sich in Freiheit entfalten kann, in der der Zusammenhalt unter den Menschen wieder wächst und in der unsere Werte wie Solidarität, Toleranz und Gemeinwesen gestärkt werden. Wir wollen Bewährtes erhalten und mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt vereinen.

Unsere Politik stellt die Menschen und deren Wohl in den Mittelpunkt. Durch unsere starke kommunale Verwurzelung können wir unsere über Jahre gesammelten Erfahrungen aus Rathäusern und Kommunalparlamenten einbringen. Um das gesellschaftliche Zusammenleben in Rheinland-Pfalz zukunftsfähig zu gestalten, schaffen wir Rahmenbedingungen, die jedem Einzelnen die faire Chance bieten, sein Leben in Eigenverantwortung und nach seinen Wünschen zu führen. Ein Leben in Sicherheit sowie das Streben nach Wohlstand und Glück sind Grundbedürfnisse der Menschen und damit Auftrag unserer Politik.

Angesichts der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Links und Rechts, Arm und Reich und einem populistischen Wettbewerb der Maximalforderungen halten wir Werte wie Verlässlichkeit, Verantwortung und Realismus für wichtiger als je zuvor. Wir sind eine starke Kraft der politischen Mitte, die unaufgeregt und ohne extreme oder populistische Forderungen die Politik in Rheinland-Pfalz mitgestaltet und Lösungen für die konkreten Probleme der Menschen vor Ort schafft.

**Mit unserem Programm wollen wir dies verwirklichen und treten zur
Landtagswahl am 14. März 2021**

an.

Inhaltsverzeichnis

1. Gesunde Finanzen für Rheinland-Pfalz	3
2. Wirtschaft, Verkehr Infrastruktur und Digitalisierung	4
2.1 Förderung der Wirtschaft durch Leistung und Innovation	4
2.2 Verkehr	5
2.3 Infrastruktur	6
2.3.1 Bahn- und Flugverkehr	6
2.3.2 Luftverkehr	8
2.3.3 Ländliche Infrastruktur	8
2.4 Digitalisierung	9
3. Umwelt und Energie	9
3.1 Natur bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen	9
3.2 Reduzierung des Flächenverbrauchs, Wiederherstellung sowie Neuschaffung von Naturräumen, Sicherung des Grundwassers	10
3.3 Zukunftssicherung für unsere Wälder	10
3.4 Wasserschutz	11
3.5 Verlässliche Energiepolitik für Rheinland-Pfalz unter Ausbau der dezentralen Energiegewinnung	12
4. Landwirtschaft, Forsten und Fischerei	13
4.1 Für eine gesunde Land- und Forstwirtschaft und eine Stärkung von Fischerei-, Imker- und Weinbaubetrieben	13
4.2 Tierschutz	14
5. Innen- und Rechtspolitik	16
5.1 Personelle und materielle Stärkung der „Blaulichtfamilie“	16
5.2 Stärkung der Zusammenarbeit kommunaler Ordnungskräfte mit der Polizei	17
5.3 Personelle und materielle Stärkung der Justiz	18
6. Gesundheit und Soziales	18
6.1 Erhalt der wohnortnahen Gesundheitsversorgung	19
6.2 Förderung von Begegnungsstätten und Mehrgenerationenhäusern	20
6.3 Bekämpfung von Kinderarmut und Altersarmut	20
6.4 Wohnen und Wohneigentum	21
7. Bildung, Kultur und Sport	22
7.1 Bildungsstandort stärken, Digitalisierung vorantreiben	22
7.2 Kita-Angebot und Ganztagschulangebot ausbauen	22
7.3 Personelle und materielle Stärkung von Kitas und Schulen	23
7.4 Bildungsangebote der Schulen verbessern	24

7.5	Schulsozialarbeit als Pflichtaufgabe des Landes	25
7.6	Zukunftsfähiger Ausbau der Universitäten	25
7.7	Bessere Förderung der kulturellen Grundlagen.....	26
7.8	Sportförderung.....	27
8.	Mehr Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie stärken	27

1. Gesunde Finanzen für Rheinland-Pfalz

Gesunde Finanzen, insbesondere der Kommunen, sind Grundvoraussetzung für eine zukunftsorientierte Politik. Ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung sind die Kommunen nicht in der Lage, die aufgebaute Infrastruktur und damit die geschaffene Lebensqualität dauerhaft zu erhalten.

Nach einer neuen Statistik der Bertelsmann-Stiftung sind 11 der 20 am höchsten verschuldeten Kommunen in der Bundesrepublik in Rheinland-Pfalz zu finden. Vor zehn Jahren waren es 7. Während andere Bundesländer ihren Kommunen wirksam unter die Arme greifen, versucht die aktuelle rheinland-pfälzische Landesregierung, die Landesfinanzen auf Kosten der Kommunen zu konsolidieren. In der Folge werden die Spielräume der Kommunen für eigene Investitionen und Gestaltungen zunehmend eingeschränkt. Immer mehr Aufgaben von Bund und Land werden ohne entsprechende Finanzierung auf die Kommunen übertragen. Auch die steigenden Kosten im gesamten Sozialbereich treffen die Kommunen in voller Härte und ohne die Möglichkeit, sich zu entlasten. Dadurch nimmt die kommunale Finanzlage immer bedrohlichere Ausmaße an - trotz harter Sparkurse der Verwaltungen: Gebühren werden erhöht, Theater und Schwimmbäder geschlossen, kommunales Eigentum veräußert, freiwillige Leistungen eingefroren und es fehlt das Geld für notwendige Klima- und Umweltschutzmaßnahmen.

Diese verfehlte Politik bekommt der einzelne Bürger über Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen zunehmend zu spüren. Wir FREIE WÄHLER wollen im Landtag dafür sorgen, dass diese Politik beendet wird, um den einzelnen Kommunen wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume zu verschaffen. Wir werden uns auch im Landtag für einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln einsetzen. Dort wird unsere besondere Aufmerksamkeit auf einer deutlich verbesserten Finanzausstattung der Kommunen liegen. Wir stehen gemeinsam mit dem Bund für eine Ablösung der Altschulden.

Wir FREIE WÄHLER fordern daher

- eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs mit dem Ziel, den Kommunen auch tatsächlich eine angemessene Finanzausstattung zu sichern
- den Verbleib eines größeren Teils der aus dem gesamten Steueraufkommen resultierenden Einnahmen des Landes in den Kommunen

- die strenge Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf allen staatlichen Ebenen: Bund und Länder dürfen keine Normen setzen, welche die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen, wenn sie diese Zusatzausgaben nicht angemessen ersetzen
- die Übernahme der künftigen Kostensteigerungen bei den kommunalen Anteilen für Kitas, Schulen und Straßen durch das Land
- die Entlastung der Städte und Gemeinden durch eine faire Verteilung der Sozialkosten auf Bund, Länder und Kommunen
- die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Rheinland-Pfalz sowie eine Übernahme der Kosten durch das Land nach dem bayerischen Modell
- die Ablösung der kommunalen Altschulden durch Bund und Land
- ein striktes Handeln des Landes nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit; Prestigeprojekte der SPD gehören der Vergangenheit an
- die Beschränkung des Landes auf die Kernaufgaben staatlicher Verwaltung und der Daseinsvorsorge. Die Bedienung von Lobbyisten- und Sonderinteressen ist nicht unser Anliegen
- ein eigenes Heberecht auf die Grundsteuer bzw. Gewerbesteuer (evtl. auch Anteile der Einkommensteuer) für jede kommunale Ebene - also für die Gemeinden, die Verbandsgemeinde, die Kreise; damit wird die Intransparenz der Verbandsgemeindeumlage und der Kreisumlage aufgehoben und Verantwortung mit Steuerheberecht verbunden

2. Wirtschaft, Verkehr Infrastruktur und Digitalisierung

2.1 Förderung der Wirtschaft durch Leistung und Innovation

Die deutsche Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, gilt vielfach als Vorzeigemodell für eine innovative und gleichzeitig verantwortungsvolle soziale Marktwirtschaft. Unsere Bürger tragen durch ihre Ideen und ihren Leistungswillen immer wieder dazu bei, dass unsere Wirtschaft als Qualitätsgarant weltweit anerkannt ist. Wir FREIE WÄHLER setzen die geeigneten Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei dem gemeinsamen Ziel, den Wohlstand in unserem Land für alle zu sichern. Noch nie zuvor waren die Anforderungen an Flexibilität und Mobilität so hoch wie heute. Um Deutschland auch künftig leistungsfähig zu gestalten, spielen Verkehr und Infrastruktur eine zentrale Rolle in unserer Politik.

Als Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft setzen wir FREIE WÄHLER auf den Wettbewerb, auf die Tarifautonomie und das Leistungsprinzip. Der Schutz des Eigentums und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit genießen für uns einen hohen Stellenwert. Gerade deswegen fordern wir ein Entschädigungsgesetz für die vom Lockdown betroffenen Selbständigen, die durch die Corona-Bekämpfungsverordnungen an der Ausübung ihres Berufes und der Führung ihres Geschäftes gehindert wurden. Diese haben ein besonderes Opfer für die Gesellschaft erbracht und dürfen mit dem dadurch für sie entstandenen finanziellen Verlust nicht alleine gelassen werden.

Des Weiteren unterstreichen wir die Bedeutung des Mittelstands für Deutschland. Durch die Sicherung von Fachkräften, Technologieförderung und Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge wollen wir die heimische Wirtschaft sinnvoll und in ständigem Dialog mit den Unternehmen fördern. Um die unternehmerische Freiheit auch künftig sicherzustellen, muss die Wirtschaft von übermäßigen

Belastungen befreit werden. Durch konsequenten Bürokratieabbau wollen wir FREIE WÄHLER tatkräftige Unterstützung leisten - für die Wirtschaft allgemein und für den Mittelstand im Besonderen.

Tourismus ist eine Leitökonomie für Rheinland-Pfalz. Wir werden das Wirtschaftsministerium im Bereich Tourismus stärken. Bei einem Tourismusstaatssekretär werden die Kompetenzen gebündelt. FREIE WÄHLER werden die Förderung für Tourismus mit einem Euro pro Übernachtung auf 10 Millionen Euro pro Jahr erhöhen und stabilisieren.

2.2 Verkehr

Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer modernen Gesellschaft und wesentlicher Bestandteil für unsere Wohlstandssicherung. Gerade durch die zentrale Lage Deutschlands in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Bürger und die Wirtschaft unerlässlich. Egal ob auf der Schiene, auf der Straße, zu Wasser oder in der Luft: Der Erhalt der Infrastruktur ist der Erhalt des Gesellschaftsvermögens. Der chronisch unterfinanzierte Verkehrshaushalt muss besser ausgestattet werden, um die Projekte im Bundesverkehrswegeplan tatsächlich realisieren zu können. Unsere Mobilität ist im Wandel. Klimaschutz und neue Bedarfsentwicklungen für individuelle Mobilität, vor allem in Ballungszentren, erfordern eine nachhaltige Finanzierbarkeit und eine zunehmende Ökologisierung des Verkehrs. Verbrauchersame Fahrzeuge mit alternativen Antrieben sind die Zukunft. Dazu gehört auch die Nutzung von Wasserstoff.

Voraussetzung für eine ökologische und ökonomische Mobilität ist ein belastbares Verkehrsnetz. Dieser Anforderung wird der derzeitige Zustand unserer Straßen und Brücken definitiv nicht gerecht. Wir FREIE WÄHLER fordern deshalb eine Verstärkung der Finanzmittel für den Bestandserhalt. Wir sehen einen hohen Nachholbedarf bei Bundesstraßen, Landstraßen, Brücken und Tunnelbauwerken und fordern einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel. Dazu sollen endlich ausreichende, zweckgebundene Infrastrukturfonds geschaffen werden, wie es bereits im Herbst 2013 auf der Sonderverkehrsministerkonferenz beschlossen wurde. Für den Erhalt der Straßen und Brücken muss ein jährlicher Festbetrag bereitgestellt werden. Die Mittel dafür müssen haushaltsunabhängig auf Bundes- und Landesebene aufgebracht werden. Dadurch wird die Finanzierung von notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen verstetigt und gesichert. Auch ließe sich durch den gesicherten Finanzrahmen das Erhaltungsmanagement langfristig planen. So werden auch überjährige Finanzierungen möglich. Darüber hinaus sollen wichtige Kreisstraßen und Gemeindeverbindungsstraßen als Landesstraßen übernommen und in das Erhaltungsmanagement eingegliedert werden. Auch müssen die Kommunen endlich finanziell so ausgestattet werden, dass sie der Aufgabe, ihr Straßennetz in belastbarem Zustand zu erhalten und auszubauen, gerecht werden können. Die mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land hat dazu geführt, dass bei den Städten und Gemeinden ein erheblicher Sanierungsstau im Straßenbau entstanden ist.

Wir FREIE WÄHLER fordern die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die für Rheinland-Pfalz von der derzeitigen Landesregierung getroffene Regelung, nach der in Zukunft nur noch wiederkehrende Beiträge erhoben werden, ist nach unserer Auffassung lediglich die Erhöhung der Grundsteuer unter anderem Namen. Diese bedeutet insbesondere im ländlichen Bereich keine Entlastung der Betroffenen, sondern das Gegenteil, da hier die Last auf wenige Schultern verteilt wird. Darüber hinaus ist der notwendige Verwaltungsaufwand für die Kommunen sehr hoch und wird diese finanziell zusätzlich belasten. Das Ergebnis wird sein, dass die Kommunen aus schlichtem Geldmangel noch weniger der dringend notwendigen Maßnahmen durchführen können und sich damit auch der Gesamtzustand des Verkehrsnetzes weiter verschlechtert. Aus unserer Sicht sind Bund und Land gefordert, die

Einnahmen aus straßen- und verkehrsbezogenen Steuern (Kfz-Steuer, Mineralölsteuer etc.) endlich bestimmungsgemäß zum Erhalt der gesamten Verkehrsinfrastruktur zu verwenden.

Dies gilt nicht nur für die vorhandenen Verkehrswege. Wichtige Verbindungen und Anbindungen fehlen ganz oder werden nur zögerlich vorangetrieben. Stellvertretend für viele notwendige Ergänzungen seien hier nur drei explizit genannt:

Zwischen Koblenz und Mainz, also auf einer Länge von über 100 km, gibt es keine Brücke über den Rhein. Der Bau einer Brücke über den Rhein zwischen St. Goarshausen und St. Goar ist für die gesamte Region eines der wichtigsten und zentralsten Infrastrukturprojekte. Dieses Vorhaben wurde bisher von SPD und Grünen verhindert. Wir wollen das ändern und sprechen uns klar für den Bau der Mittelrheinbrücke aus.

Ebenso notwendig ist es, die derzeit strukturschwache Obermoselregion an das Fernverkehrswegenetz anzuschließen und den Raum Trier vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Sinnvolle Lösung ist hier der seit langem geplante Moselaufstieg, der bislang ebenfalls von SPD und Grünen verhindert wird.

Weiterhin sollte über den sinnvollen Ausbau der B10 bei Annweiler, insbesondere über einen Tunnelausbau oder eine Alternative, zeitnah entschieden werden. Die aktuelle Situation führt zu einem Nadelöhr, das ein erhöhtes Verkehrsaufkommen wieder in die umliegenden Ortschaften zwingt.

Durch den Ausbau von Home-Office, durch Videokonferenzen und ähnliche Veränderungen im Berufsleben wird weniger Personenverkehr notwendig. Gleichzeitig werden die Strecken zwischen Wohnung und Arbeitsplatz länger. Auch wenn in der jüngeren Vergangenheit erste Anstrengungen unternommen werden, den ÖPNV im ländlichen Raum auszubauen, sind diese bei Weitem nicht ausreichend. Der Ausbau muss schneller und deutlich umfassender vorgenommen werden. Dabei müssen Mobilitätssektoren verknüpft und die Attraktivität des ÖPNV gesteigert werden. Wir FREIE WÄHLER fordern ein 365-€-Ticket für ganz Rheinland-Pfalz: Mit einem Euro pro Tag durch das ganze Land. Bei einem gut ausgebauten Liniennetz und einem auf die Bedürfnisse der Nutzer abgestimmten Takt wäre die Attraktivität des ÖPNV damit erheblich verbessert.

2.3 Infrastruktur

2.3.1 Bahn- und Flugverkehr

Der Transport von Wirtschaftsgütern mit Bahn, Schiff, LKW oder per Flugzeug ist ein wichtiger Grundpfeiler der einheimischen Wirtschaft. Eine Fortentwicklung der Grundlagen dieses Transports unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten ist daher nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Dennoch wurde bisher ein wesentlicher Aspekt dieses Bereiches viel zu wenig beachtet: die dringend notwendige Reduzierung von Lärm.

Dass Bahnlärm und Fluglärm zu gesundheitlichen Belastungen und Erkrankungen wie Bluthochdruck, Herzinfarkten und Schlaganfällen führen kann, gilt als sicher. Insbesondere der Nachtlärm kann solche Erkrankungen hervorrufen oder verstärken. Die Menschen in Rheinland-Pfalz leiden unter der ständigen Lärmbelastung durch Bahn und Flugzeuge. Wir FREIE WÄHLER wollen im Landtag dafür sorgen, dass sich an diesem Zustand zum Wohle der Menschen in Rheinland-Pfalz etwas ändert.

Kaum eine Region in Deutschland leidet so sehr unter den Folgen des Güterverkehrs auf der Schiene wie das Rhein- und die Moseltal. Der stetig zunehmende Bahnlärm geht zu Lasten der Gesundheit der Anwohner sowie des Tourismus in der Region. Die Entwicklung der Lärmbelastung im Rheintal und an

[FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz – Bürgernahe Politik mit gesundem Menschenverstand. Mehr Infos unter www.fwrlp.de](http://www.fwrlp.de)

der Mosel ist besorgniserregend und kann letztlich dazu führen, dass die Welterbe-Region unbewohnbar wird. Die Landesregierung ist gefordert, sich für eine erhebliche Minderung des Bahnlärms einzusetzen und den Menschen in der Region wieder zu deutlich mehr Lebensqualität zu verhelfen. Die seit Jahren ansteigende Zugtaktung und -länge strafen die Solidaritätsbekundungen der Landesregierung Lügen. Der Bahnlärm liegt schon lange weit über den Grenzwerten und nimmt weiter zu. Offenbar fehlt es am Willen zur Veränderung und am Bewusstsein für die Not der Menschen vor Ort. Die beiden Eisenbahnstrecken im Mittelrheintal zählen zu den wichtigsten Güterstrecken in der westlichen Bundesrepublik und sind Teil einer länderübergreifenden Verbindung zwischen den niederländischen Nordseehäfen und dem italienischen Mittelmeerhafen Genua. Dieser Korridor wurde mit der Inbetriebnahme des neuen Gotthard-Basistunnels weiter ausgebaut. Auf den beiden Trassen verkehren nicht nur Personenzüge, sondern auch Güterzüge, fast im Minutentakt. Deren Zuglängen nahmen in den vergangenen Jahren von 300 auf über 700 Meter zu – mit weiter steigender Tendenz. Ebenso werden zunehmend Gefahrguttransporte über die Strecken geführt. Diese hohe Belegung der Trassen führt zu Lärmwerten bis zu 100 dB pro Zug, was einem startenden Flugzeug entspricht. Bereits Werte ab 45 dB gelten als gesundheitsgefährdend. Das Zugunglück mit einem Güterzug in Niederlahnstein im August 2020 bestätigt die Befürchtungen: Gütertrassen durch dicht besiedelte Gebiete bringen nicht nur Lärm, sondern auch weitere Gefahren für Anwohner und die Umwelt.

Wir FREIE WÄHLER fordern eine langfristige Lösung, welche die Bahnlärmbelastung im Mosel- und Rheintal effektiv verringert, die absehbare zukünftige Steigerung des Lärms verhindert und darüber hinaus den Anwohnern mehr Sicherheit verschafft. Wir sind überzeugt, dass der Güterverkehr nicht durch den engen Mosel- und Rheintalgraben führen muss. Daher fordern wir die Verlagerung des Güterverkehrs durch den Bau einer modernen Gütertrasse außerhalb der Wohnbebauung oder in Tieflagen. Die Verlagerung des Güterverkehrs unter die Erde ist dabei durchaus in Betracht zu ziehen. Für das Mittelrheintal kann der „Westerwald-Taunus-Tunnel“ das Infrastrukturproblem lösen und die Menschen im Rheintal entlasten. Zur Finanzierung des Baus dieses Tunnels fordern wir FREIE WÄHLER die Verantwortlichen auf, intensiv um Fördermittel aus dem Infrastrukturfonds der Europäischen Union zu werben.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Verlagerung des Transit-Güterverkehrs auf neue Trassen außerhalb der Wohnbebauung oder in Tieflagen; der visionäre „Westerwald-Taunus-Tunnel“ kann hier Abhilfe bringen
- effektive Lärmschutzmaßnahmen durch die Bahn sowie Lärmschutzauflagen für den Bahnverkehr die nicht nur ausgesprochen, sondern auch umgesetzt werden
- Nachtfahrverbote und Tempolimits für Güterzüge als Sofortmaßnahmen
- stärkeres Einbinden von Kommunen und Bürgern in die Planung von Lärmschutzmaßnahmen oder Veränderungen an Bahntrassen; die vorhandenen Ortskenntnisse und Lärmerfahrungen sind hilfreich für die Entscheidung über die optimalen Lärmschutzmaßnahmen
- Die Bahn muss zum Betrieb leiser Schienen und leiser Fahrzeuge veranlasst werden.
- moderne flächendeckende Schienenlärmschutzmaßnahmen, wie sie an Neubaustrecken üblich sind, um den Lärm so weit wie möglich zu reduzieren
- die verpflichtende Umrüstung auf leise Bremsen für Güterwagons
- Kosten für die Lärmschutzmaßnahmen müssen nach dem Verursacher-Prinzip getragen werden

2.3.2 Luftverkehr

Im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft kommt dem Luftverkehr zunehmende Bedeutung zu. Er befriedigt gestiegene Bedürfnisse nach Mobilität und raschem, weltweitem Handel mit eilbedürftigen Gütern. Mit der Liberalisierung der Luftfahrt ist die Zahl der Flüge in den zurückliegenden Jahren stetig angestiegen und heute ein prägender Bestandteil der modernen Verkehrsinfrastruktur. Er gilt auch als Motor des Exports und der Wirtschaft und hat zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geführt. Profitiert von dieser Entwicklung hat auch der Flughafen Frankfurt im Rhein-Main-Gebiet: Er wurde seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit der Startbahn West, dem Terminal 2 und der zuletzt in Betrieb genommenen Landebahn Nordwest stetig ausgebaut. Doch diese Entwicklung hat auch eine Kehrseite: Der Ausbau des Flughafens hatte Eingriffe in die Natur zur Folge. Die Zunahme von Fluglärm infolge des stetigen Zuwachses an Flugbewegungen bildet inzwischen ein erhebliches Problem für Anrainer und einen signifikanten Verlust an Lebensqualität: Fluglärm führt zu gesundheitlichen Belastungen und begünstigt Erkrankungen wie Bluthochdruck, Herzinfarkt und Schlaganfall. Insbesondere der Nachtfluglärm kann solche Erkrankungen hervorrufen oder verstärken. Weitere Folgen der Zunahme des Fluglärms rund um den Flughafen Frankfurt sind Einschränkungen im Baurecht: Ab bestimmten Schallpegeln dürfen Kommunen keine Neubaugebiete mehr ausweisen und keine Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser in den Lärmschutzzonen bauen. Das begrenzt die Entwicklungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden nachhaltig. Besonders betroffen sind in Rheinland-Pfalz die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Mainz sowie Rheinhessens.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Begrenzung der Flugbewegungen auf ein erträgliches Maß
- die Verhinderung von EU-Bestrebungen, die Handlungsfreiheit der Mitgliedsstaaten in Lärmschutzfragen und bei Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen einzuschränken
- die Ausschöpfung aller aktiven und passiven technischen Mittel, um den verbleibenden Lärm möglichst gering zu halten
- die Belastung der Verursacher des Lärms mit den durch sie verursachten externen Kosten

2.3.3 Ländliche Infrastruktur

Für uns gilt der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen. Wir FREIE WÄHLER bekennen uns klar zum Erhalt der Einrichtungen im ländlichen Raum. Kindergärten, Schulen, medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser, die wohnortnahe Versorgung mit Waren und Leistungen des täglichen Bedarfs (z.B. Lebensmittelläden, Postfilialen, Banken und Sparkassen), dies alles muss auch im ländlichen Raum ausreichend zur Verfügung stehen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird mangelnde Barrierefreiheit immer größere Bevölkerungskreise, besonders im ländlichen Bereich, betreffen. Auch in dieser Hinsicht ist der ländliche Bereich aktuell schlechter aufgestellt als Städte und großen Gemeinden. Wir FREIE WÄHLER befürworten kommunale Aktionspläne für Barrierefreiheit.

2.4 Digitalisierung

Der digitale Wandel ist für die heimische Wirtschaft von wachsender Bedeutung. Die rheinlandpfälzische IHK hat ermittelt, dass bei 92 Prozent der befragten Unternehmen im Land der digitale Wandel die Geschäfts- und Arbeitsprozesse erheblich beeinflusst. Nur 16 Prozent dieser Unternehmen sieht sich bereits als „voll digitalisiert“ an. Größtes Problem dabei: eine unzureichende Internetverbindung. Ein viel zu geringer Anteil der Haushalte des ländlichen Raums verfügt über schnelles Internet, wobei die Anbindung von Unternehmen ans schnelle Internet oft noch schlechter ist als die von Privathaushalten. Es ist längst überfällig, dass der schnelle Zugang zum Internet in Rheinland-Pfalz flächendeckend bereitgestellt wird. Dies ist für Firmen, für qualifizierte Arbeitsplätze und auch für viele Privathaushalte unverzichtbar. Wir FREIE WÄHLER sehen deshalb den Zugang zum schnellen Internet und ein öffentliches WLAN-Netz als Pflichtaufgabe des Staates im Bereich der Daseinsvorsorge an. Wir wollen das Leben mit Hilfe der Digitalisierung einfacher gestalten. Dazu braucht es Datenautobahnen und ein Gigabitnetz, das wir in den nächsten fünf Jahren aufbauen wollen. So sollen z.B. die kommunalen Verwaltungen bürgernah umgebaut werden. Letztlich sollen alle Behördenvorgänge von zu Hause aus möglich sein. Dies spart Zeit und Ressourcen auf beiden Seiten und schützt das Klima.

3. Umwelt und Energie

3.1 Natur bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige Generationen. Wir FREIE WÄHLER wollen die Natur bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Umweltpolitik beginnt im Bewusstsein der Bürger vor Ort und muss bis in die internationale Politik hinein verfolgt werden. Der Dialog mit Bürgern jeden Alters muss intensiviert werden.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Bewahrung unserer heimischen Natur- und Kulturräume durch ihre nachhaltige Weiterentwicklung
- Wiederverwertung, umweltgerechte Entsorgung und Vermeidung von Abfall
- stärkere Einbindung der jungen Generation in umweltpolitische Strategieentwicklung und Entscheidungsfindung
- die Unterstützung von Projekten zur Reduktion von Glyphosat
- den Schutz des Bodens und des Grundwassers
- die Förderung der Biodiversität

3.2 Reduzierung des Flächenverbrauchs, Wiederherstellung sowie Neuschaffung von Naturräumen, Sicherung des Grundwassers

Der zunehmende Flächenverbrauch für Straßen, Gewerbe, Industrie und Wohnraum droht die für das Klima wichtigen Naturräume irreversibel zu reduzieren. Hier muss mit Fingerspitzengefühl und Augenmaß ein Interessenausgleich geschaffen werden.

Die Sicherung des Grundwassers muss ebenfalls in diesem Zusammenhang gesehen werden. Ein Absinken des Grundwasserspiegels verschärft die für Pflanzen und Tiere, aber auch für den Menschen prekären Folgen des Klimawandels. Neben der Beseitigung von unnötigen Flächenversiegelungen kann eine stärkere Nutzung von Regenwasser statt des hoch aufbereiteten Trinkwassers hilfreich sein.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- eine intelligente Reduzierung des Flächenverbrauchs für Verkehrs-, Gewerbe-, Industrie- und Siedlungsentwicklung
- Schaffung grüner Oasen in Städten
- Förderung der Begrünung von Städten (Dächer und Vorgärten, Begrünung von Gewerbegebieten etc.)
- Renaturierung von Bachläufen inklusive der Wiederherstellung der bachbegleitenden Grünstrukturen
- eine frühzeitige Einbindung von Bürgern und Kommunen bei der Planung von Großprojekten und der Ausweisung großflächiger Schutzgebiete
- Aufhebung unnötiger Oberflächenversiegelungen
- Aufbau von Starkregenrückhaltebecken

3.3 Zukunftssicherung für unsere Wälder

Rheinland-Pfalz gehört noch zu den walddreichsten Ländern Deutschlands. Mehr als 40 % der Fläche sind mit Wald bedeckt. Doch Klimawandel und Trockenheit bedrohen zunehmend diese Waldflächen, insbesondere die borkenkäferanfälligen Fichten-Monokulturen, aber auch die übrigen Baumarten. Ein umfassender Umbau hin zu stabilen Mischwäldern mit gegen Hitze und Trockenheit resistenteren Baumarten ist dringend notwendig.

Viele kommunale und private Forstbetriebe werden in Folge der enormen Vorratsverluste durch die aktuellen Trockenschäden, die Sturmereignisse der jüngsten Vergangenheit sowie die Schäden durch Borkenkäfer langfristig mit erheblich geringeren Einnahmen aus dem Holzverkauf auskommen müssen. Die vorhandenen Fixkosten, wie die Ausgaben für das beschäftigte Forstpersonal, Versicherungen, Beiträge zur Berufsgenossenschaft etc., belasten die Betriebe dennoch weiter.

Die rheinland-pfälzischen Waldbesitzer stellen eine Vielzahl von Leistungen für unsere Gesellschaft bereit. Neben der Rohstoffversorgung mit dem klimafreundlichen Rohstoff Holz ist unser Wald gleichzeitig CO₂-Speicher, Wasserfilter und Wasserspeicher, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erholungsraum für Menschen und Schutz gegen negative Umwelteinflüsse wie z.B. Lärm, Staub, Hitze, Erosion. Bisher konnte diese Multifunktionalität im Wesentlichen mit den Einnahmen aus dem Holzverkauf gesamtfinanziert werden. Die Schutz- und Erholungsfunktion wurde weitgehend kostenlos zur Verfügung gestellt. Dieses System wird zukünftig nicht mehr tragfähig sein.

Gleichzeitig ist es jedoch dringend erforderlich, jetzt den zerstörten Wald aufzuforsten und dafür sorgen, dass zukünftig wieder neuer, klimastabiler Wald wächst. Ansonsten drohen große Teile der jetzt

entstandenen Kahlfleichen zu verbuschen oder zu versteppen. Im Hinblick auf den „Wald der Zukunft“ ist es wichtig, stabile Mischbestände zu begründen, die überwiegend aus trockenresistenten, standortgerechten, einheimischen Baumarten bestehen. Versuchsweise ist auch die Pflanzung von wärmeliebenden und trockenresistenten Baumarten aus anderen Ländern sinnvoll. Um diese wichtige Aufgabe leisten zu können, ist eine langfristige finanzielle Unterstützung der Waldwirtschaft notwendig. Die Leistungen, die Waldbesitzer für die Allgemeinheit erbringen, muss durch adäquate finanzielle Unterstützung sichergestellt werden. Dazu gehört u. a. ein Anteil aus der CO₂-Bepreisung und eine Bewertung und Entlohnung der für die Allgemeinheit erbrachten Leistungen.

Um die Wiederbewaldung der aktuell entstandenen Kahlfleichen erfolgreich durchzuführen, ist es notwendig, den jungen Wald vor Schäden durch Rot-, Reh- und Muffelwild zu schützen. Aktuell sind in vielen Regionen unseres Landes die Bestände an Rot-, Reh- und Muffelwild zu hoch und die damit verbundenen Waldwildschäden verhindern die Etablierung neuer, klimastabiler Mischwälder. Hier ist es Aufgabe der Politik, die Jagdgesetze so zu formulieren, dass das Wildmanagement und die Jagdausübung Wildschäden verhindern und unsere einheimischen Wildarten trotzdem auch zukünftig einen Platz in unseren Wäldern haben.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- Adäquate finanzielle Unterstützung der Waldwirtschaft, z.B. über einen Anteil aus der CO₂-Bepreisung
- Sicherstellung einer sachgerechten Betreuung des Waldes durch Fachpersonal auf allen Ebenen und bei allen Waldbesitzarten
- Hinreichende Bewertung und Entschädigung der Waldbesitzer für Leistungen, die sie für die Allgemeinheit erbringen (saubere Luft, Wasser, Erholung, Erosionsschutz, Klimaschutz, etc.)
- Novellierung der Jagdgesetze mit dem Ziel, die Wildbestände in unseren Wäldern so zu regulieren, dass eine Naturverjüngung der heimischen Baumarten ohne Zäune und sonstige künstliche Schutzmaßnahmen möglich ist
- Förderung der Verwendung des nachwachsenden Rohstoffes Holz, insbesondere beim Holzbau; Holz ist der wirksamste CO₂-Speicher
- Anreiz des Verzehrs von Wildfleisch durch Information u.a. über Qualitätskontrollen steigern

3.4 Wasserschutz

Wasserschutz bedeutet: Die Wasserversorgung muss in kommunaler Hand bleiben. Die Privatisierung der Wasserversorgung hat dort, wo sie durchgeführt wurde, zu steigenden Wasserpreisen und einer Verschlechterung der mit der Wasserproduktion und -aufbereitung verbundenen Infrastruktur geführt. Die Wasserversorgung gehört zur Daseinsvorsorge und damit in kommunale Hand.

Wasserschutz bedeutet auch, die Hochwasserschutzprogramme fortzuführen und auf Hangwasserlagen auszudehnen. Die Folgen des Klimawandels, wie u.a. die Zunahme von Starkregenereignissen, und die zunehmende Verdichtung und Versiegelung des Bodens machen neue Maßnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen dieser Faktoren notwendig. Der Bau von Regenwasserauffangbecken und eine stärkere Nutzung von Regenwasser im privaten wie öffentlichen Bereich führen zum einen zu einer Reduzierung der Folgen von Starkregenereignissen, zum anderen zur Entlastung des Grundwassers und der Brunnen.

3.5 Verlässliche Energiepolitik für Rheinland-Pfalz unter Ausbau der dezentralen Energiegewinnung

Wir FREIE WÄHLER stehen zu den Verpflichtungen, die sich aus dem Pariser Klimaabkommen ergeben. Deswegen gilt es, die Klimaneutralität des Landes Rheinland-Pfalz spätestens bis zum Jahr 2040 zu verwirklichen. Durch technische Innovation lassen sich im Bereich der Energie, der Mobilität und der Landwirtschaft große Veränderungen erreichen, die nicht nur der Emissionsreduktion dienen, sondern auch wirtschaftliche Wachstumspotentiale für Rheinland-Pfalz bereithalten.

Wir setzen auf Innovationskraft und technischen Fortschritt, nicht auf Steuern und Verbote. Wir werden nicht zulassen, dass die hohe Zustimmung für den Klimaschutz durch eine Verquickung mit einer ideologischen Systemfrage zerstört wird. Außerdem müssen die Versorgungssicherheit und stabile Strompreise zu jedem Zeitpunkt sichergestellt werden. Deswegen wollen wir die Energiewende nicht den Stromkonzernen überlassen, sondern wollen die Bürger zu aktiven Akteuren bei dieser Entwicklung machen. Wir stehen für eine dezentrale Energieerzeugung, an deren Wertschöpfung die Gemeinden in Rheinland-Pfalz und die Bürger vor Ort teilhaben.

Die Energiewende und der wachsende europäische Energiehandel stellen die deutschen Strom- und Gasnetze vor große Herausforderungen. Die Sicherheit der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität und Gas ist ein zentrales Ziel. Weiterhin sind ausreichende Erzeugungskapazitäten zur Deckung des prognostizierten Energiekonsums notwendig. Ausschlaggebend sind belastbare Netzstabilität-Regelungsmechanismen, die auch dann die Versorgungssicherheit gewährleisten, wenn sich Einspeisungen in und Entnahmen aus dem Netz nicht die Waage halten. Zudem müssen die Netze hinreichend gegen Eingriffe Dritter abgesichert sein. Eine angemessene Dezentralisierung der Energiegewinnung dient ebenfalls der Versorgungssicherheit. Nicht zu vergessen: Energiesparen ist eine der effektivsten Methoden bei der Lösung des Energieproblems. Es mindert den Ressourcenverbrauch.

Energieversorgung und Klimaschutz sind zentrale Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft. Wir FREIE WÄHLER fordern, insbesondere die Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien und ihrer Speicherung ambitioniert zu unterstützen. Wir treten für einen effizienten und umweltschonenden Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollen in der Wirtschaft die fossilen Energien ersetzen. Wir FREIE WÄHLER wollen Bürger und Kommunen dabei einbinden, damit die Energieerzeugung ein lokaler Wirtschaftsfaktor wird. Hinsichtlich geplanter Stromtrassen durch Rheinland-Pfalz fordern wir umfassende Transparenz. Auch die Kommunen sollen in diese Debatte durchgehend mit einbezogen werden. Planung und Umsetzung der Energiewende dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg erfolgen. Wir FREIE WÄHLER erachten eine Dezentralisierung der Energiegewinnung für wichtig. Sie vermeidet Leistungsverluste, schafft regionale Arbeitsplätze und bietet Kommunen eine Chance, durch regionale Energieversorger an der Wertschöpfung teilzuhaben. Dennoch sollen Windkraft- und Photovoltaikanlagen an geeigneten Standorten konzentriert werden, um ein weiteres Zerreißen gewohnter Landschaftsbilder zu vermeiden. Wir FREIE WÄHLER treten für effiziente Maßnahmen zur Energieeinsparung, die Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung und flexible Programme zur energetischen Gebäudesanierung ein. Die verbrauchsnahe Erzeugung soll durch einen sinnvollen Energiemix gestaltet werden. In diesem Zusammenhang gewinnt die Wasserstofftechnologie, die über viele Jahre sträflich vernachlässigt wurde, besondere Bedeutung. Im Gegensatz dazu darf Fracking, die extrem umweltschädliche und in ihren Auswirkungen nicht einzuschätzende Methode der Förderung von Erdgas, anders als z.B. in den USA bei uns keinen Raum erhalten.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- deutliche Steigerung der Sanierungsquote im Wohnbau
- ein Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende um diese nicht durch Mietpreissteigerungen aus den Städten zu verdrängen
- keine unverhältnismäßigen Belastungen durch Sanierungsaufgaben für Senioren; Verdrängung aus dem Wohnumfeld darf nicht stattfinden
- systematische Förderung und Aufbau eines sicheren, dezentralen Systems zur Versorgung mit Energie durch einen intelligenten Energiemix
- Ausbau der Wasserstofftechnologie analog zu Bayern
- Ausbau von erneuerbaren Energien wo dies möglich und sinnvoll ist
- ein ausnahmsloses Verbot von Fracking
- eine konsequente Erforschung von umweltfreundlichen Technologien zur Gewinnung von „Windgas“ und „Solargas“ mittels „Power-to-Gas“-Verfahren sowie von künstlich erzeugten Kraftstoffen mittels „Power-to-Liquid“-Technik
- Entwicklung und Errichtung von intelligenten Speicherwerken zur Anlage und Sicherung von Reserven
- keine Einführung eines Solarzwangs
- die Herstellung von Biogas aus Reststoffen
- die Flächennutzung zu optimieren und die Wettbewerbsfähigkeit durch das EEG sicherzustellen

4. Landwirtschaft, Forsten und Fischerei

4.1 Für eine gesunde Land- und Forstwirtschaft und eine Stärkung von Fischerei-, Imker- und Weinbaubetrieben

Eine gesunde Land- und Forstwirtschaft ist eine Grundvoraussetzung eines lebensfähigen, lebens- und liebenswerten ländlichen Raums. Land- und Forstwirtschaft mit all ihren Bereichen stellen, ebenso wie Fischerei, Imkerei und Weinbau, nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher. Sie erfüllen außerdem wesentliche wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Sie sind die tragenden Säulen von regenerativen Energien. Wir müssen soweit wie möglich unabhängig von Lebensmittelimporten sein. Dazu benötigen wir eine moderne und leistungsfähige Landwirtschaft.

Die Erhaltung und Pflege des Waldes erfordert den Einsatz von fachkundigem Forstpersonal, welches die Sicherstellung aller Waldfunktionen im Auge behält. Wir FREIE WÄHLER wenden uns gegen Stellenabbau und Einsparungen bei der Waldbetreuung. Mit der forstlichen Versuchsanstalt in Trippstadt verfügt Landesforsten Rheinland-Pfalz auch über eine wichtige Einrichtung, die den Wiederaufbau klimastabiler Wälder wissenschaftlich unterstützen und begleiten kann. Zur Steigerung der Effizienz kann es hilfreich sein, den freiwilligen Zusammenschluss von kleinen kommunalen Forstbetrieben zu größeren, effizienteren und leistungsfähigeren Forstbetrieben zu fördern und durch langfristige finanzielle Anreize zu unterstützen. (Zur Forstwirtschaft s. auch Kap. 3.3 Zukunftssicherung für unsere Wälder.)

Von den Betrieben selbst bis hin zum Tourismus bieten Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und auch Imkerei eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Ebenso wie eine Naturlandschaft in Diversität steigert eine Kulturlandschaft in Vielfalt die Attraktivität unserer Regionen. Wir stehen für Planungssicherheit und

somit für eine gesicherte Zukunft der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft insbesondere auch der kleineren und mittleren Betriebe.

Dieses Ziel muss über eine deutlich stärkere Regionalisierung des Agrarmarktes erreicht werden. Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung muss regional gesichert werden. Die Importe von Agrarprodukten müssen ebenso reduziert werden wie die Exporte versorgungsrelevanter regionaler Agrarprodukte. Dies reduziert die Zahl der Transporte von Feldfrüchten und Tieren, und ist damit ein Gewinn für die Ökologie und für das Tierwohl sowie den Klimaschutz.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- den Erhalt einer flächendeckenden und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft
- die Stärkung der Familienbetriebe
- eine Steigerung der Wertschöpfung in der Region durch Intensivierung der Vermarktung regionaler und nachhaltiger Qualitätsprodukte
- eine stärkere Kooperation mit den Landwirten statt übermäßiger ordnungspolitischer Vorgaben und ausufernder gesetzlicher Regelungen im Umwelt- und Naturschutz
- den Aufbau von Vermarktungsstrukturen, um die Bauern, Imker, Fischzüchter und Winzer innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken
- die Stärkung der regionalen Marktposition der Bauern, z.B. durch freiwillige Bündelung
- den Start einer Bundesratsinitiative zur Einführung einer verpflichtenden CO₂-Kennzeichnung (CO₂-Äquivalente) aller in Deutschland vertriebenen Lebensmittel, um die Vorteile der heimischen Landwirtschaft insbesondere durch ihre klimaschonenderen Produktions- und Transportbedingungen für die Konsumenten transparent zu machen.
- flexibel einsetzbare Marktordnungselemente, um auf Marktverwerfungen schnell reagieren zu können
- ein mittelfristig agrotechnikfreies Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa zugunsten einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft
- einen Bürokratieabbau in der land- und forstwirtschaftlichen Verwaltung
- die Anpassung der EU-Biopatentrichtlinie, um Patente auf Tiere und Pflanzen einzuschränken
- die Förderung von benachteiligten Gebieten mit erschwerten Bewirtschaftungsbedingungen
- die Stärkung des Weinanbaus in Steil- und Hanglagen an Rhein und Mosel als Garant für die Kulturlandschaft
- die stärkere Förderung von ökologischem Anbau
- Anpassung der Landesbauordnung an die berechtigten Anforderungen z.B. von kleineren Imkerbetrieben, kleinbäuerlichen Tierhaltungen u.ä.
- die Schaffung weiterer Anreize in der Waldwirtschaft, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen, in enger Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern, Jägern und Förstern vor Ort
- den Erhalt des § 13a Einkommenssteuergesetz zur Erhaltung der kleinbäuerlichen Strukturen
- Kostenübernahme von Sicherungsmaßnahmen gegen Wolfsschäden für Freilandherdenhaltung
- Einsatz für ein bundesweites Tierwohllabel

4.2 Tierschutz

Wir FREIE WÄHLER stehen für einen respektvollen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen. Dies gilt für den Umgang mit Haus-, Nutz- und Wildtieren. Dabei verwahren wir uns deutlich dagegen, einzelne Berufsgruppen pauschal an den öffentlichen Pranger zu stellen. Die allermeisten Haus- und Nutztierhalter halten sich an die gesetzlichen Bestimmungen.

Eine wesentliche Aufgabe beim Schutz der Lebewesen ist es, gesetzgeberische Rahmenbedingung für die Wirtschaft zu schaffen, die ethisches und wertebasiertes Handeln fördern und unethischem Verhalten

klare Grenzen setzen. Staatliche Kontrollen müssen Verstöße gegen diese Regeln aufdecken. Wir sehen hier ein strukturelles Vollzugsdefizit.

Wir FREIE WÄHLER machen uns für die Etablierung einer Staatsanwaltschaft für Tierschutz stark. Wir brauchen Personal mit juristischen und veterinärmedizinischen Fachkenntnissen, die tierschutzrechtliche Verstöße erkennen, einstufen und den Vollzug einleiten.

Tierschutz sollte nicht als Nebenaspekt anderer Themen behandelt werden. Damit Tierschutzziele stringent umgesetzt werden, schlagen wir vor, einen Landes-Tierschutzbeauftragten zu benennen. Seine Aufgabe soll sein, dem Tierschutz eine starke Stimme zu verleihen und Gesetzgebungsinitiativen und Maßnahmen voranzutreiben.

Ebenso muss Forschung und Innovation zur Reduktion von Tierleid stärker gefördert werden. Die gestiegene Aufmerksamkeit der Konsumenten für das Tierwohl bietet wirtschaftliche Chancen für Rheinland-Pfalz, wenn es gelingt, junge und innovative Unternehmen aus den Bereichen der Biotechnologie und Ernährungswirtschaft von unserem Standort zu überzeugen.

Eine artgerechte Weiterentwicklung der Tierhaltungsbedingungen fordern wir ausdrücklich ein. Dies darf nicht zu einer Benachteiligung bäuerlicher Betriebe gegenüber großen, gewerblich strukturierten Anlagen führen. Eine Verbesserung der Haltungsbedingungen und wirtschaftlicher Erfolg bäuerlicher Strukturen dürfen sich nicht ausschließen. Spezielle Begleitung durch Wissenschaft und Fördersysteme muss auch kleineren tierhaltenden Betrieben, insbesondere in naturräumlich benachteiligten Regionen, Perspektiven in die Zukunft eröffnen.

Wir FREIE WÄHLER machen uns stark für die artgerechte Nutztierhaltung und Weidebewirtschaftung. Eine Entnahme von Wildtieren zur Ermöglichung der naturnahen Nutztierhaltung erachten wir als vertretbar.

Verpflichtende und kontrollierte Angaben zur Tierhaltung auf den Produkten sollen den Verbrauchern die notwendige Transparenz und Information liefern. Wir FREIE WÄHLER wollen eine einheitliche Kennzeichnung in Form eines Tierwohllabels, das seinen Namen auch verdient. Dieses muss Bedingung für die Vergabe von Fördergeldern sein. Es darf nicht sein, dass mit Steuergeldern unwürdige Tierhaltungen unterstützt werden.

Tierschutz in der Nutztierhaltung darf nicht an der Stalltür enden. Tiertransporte gilt es so gut wie möglich zu verkürzen. Dies soll besser nachverfolgt und kontrolliert werden. Ein Wiederaufbau von regionalen Schlachthöfen ist essentiell, um kurze Tiertransporte zu gewährleisten. Wir FREIE WÄHLER setzen uns gegen kontraproduktive Subventionen von Tiertransporten ein. Gute Aus- und Weiterbildungen für Mitarbeiter der Schlachtbetriebe und eine breite Akzeptanz des Berufs sind die Basis dafür, dass Schlachtungen so stress- und schmerzfrei wie möglich verlaufen. Unnötig lange Transporte von Saugkälbern und Zuchtieren wollen wir verbieten.

Das Schaffen von Transparenz über Haltungs- und Erzeugungsbedingungen sowie das Werben für einen bewussteren Konsum von Fleisch sind der richtige Weg, um Tierleid zu verhindern und die Erzeuger zu unterstützen, die sich für einen respektvollen Umgang einsetzen. Auch die Verwertung von Wild aus dem heimischen Forst gehört dazu. Denn eine tiergerechtere und ökologischere Art der Fleischerzeugung ist bei bester Haltung nicht möglich.

Wir FREIE WÄHLER verfolgen das Ziel eines möglichst tierversuchsfreien Deutschlands. Wir setzen uns deshalb für die Weiterentwicklung von Zellkulturen als vollwertigen Ersatz für Tierversuche ein, der sogar personenspezifische Testverfahren ermöglicht.

Wir setzen uns für die verstärkte Forschungs- und Wirtschaftsförderung in den Bereichen artgerechte Tierhaltung und Tierersatzprodukte in der Ernährung ein.

Wir machen uns stark für den Erhalt der ehrenamtlich geführten Tierheime durch eine existenzsichernde Bundes- und Landesförderung.

Wir wollen eine Fokussierung der Nutztierzucht auf Lebensleistung statt auf Höchstleistung sowie das Verbot von Patenten auf Tiere.

5. Innen- und Rechtspolitik

5.1 Personelle und materielle Stärkung der „Blaulichtfamilie“

Wir FREIE WÄHLER sehen Sicherheit und Freiheit als Grundbedürfnisse aller Menschen an - und damit als Ziel des staatlichen Handelns. Um dies zu ermöglichen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitskräfte. Sie garantieren dem Staat und seinen Bürgern Schutz. Für diesen Einsatz wollen wir unseren Sicherheitskräften eine ausreichende Personalausstattung gewährleisten, leistungsbezogene Bezahlung, gute Aufstiegsmöglichkeiten, ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen sowie eine optimale Sachmittelausrüstung auf dem neuesten Stand der Technik. Menschen, die sich zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land in ihrem Beruf selbst besonderen Gefährdungen aussetzen, wie Polizisten, Feuerwehrleute oder Rettungskräfte, verdienen zudem unseren besonderen Schutz. Dafür müssen gegebenenfalls Strafvorschriften verschärft werden und die Betroffenen vor Gericht mehr Unterstützung finden.

Die Personaldecke der Polizei in Rheinland-Pfalz ist zu dünn. Die Landesregierung hat zu lange bei der Polizei gespart, der Abbau von mehr als 16.000 Stellen landesweit zeigt deutliche Wirkung. Dieses Personalproblem bei der rheinland-pfälzischen Polizei wird sich in den nächsten Jahren auch noch durch eine „Pensionswelle“ und zusätzliche Aufgaben weiter vergrößern. Die Zahl der Überstunden bei der rheinland-pfälzischen Polizei wächst stetig und die Landesregierung sieht tatenlos zu. Das Vertrauen in die Politik, die für ein schwindendes Sicherheitsgefühl verantwortlich gemacht wird, nimmt weiter ab, die Politikverdrossenheit dagegen zu.

Wer aber ein im Inneren sicheres Land will, braucht eine uneingeschränkt handlungsfähige Polizei. In Zeiten von zunehmender Gewalt von rechts- und linksextremen Gruppierungen sowie einer realen Bedrohung durch Terror in ganz Europa muss die Polizei personell und materiell auf hohem Standard sein. Ein Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist für uns keine Option. Dieser wäre mit erheblichen rechtlichen Problemen behaftet, da der Bundeswehr keine polizeispezifischen Befugnisse zugeteilt sind. Darüber hinaus gibt die Ausbildung bei der Bundeswehr keine Befähigung für derartige Einsätze her. Es ist nach unserer Ansicht unabdingbar, dass das Bild in Städten und Gemeinden auch in Zukunft zivilgeprägt ist und nicht wie in totalitären Staaten militärisch durchsetzt. Die Unterstützung der Polizeikräfte durch die Bundeswehr kann aber durchaus bei Naturkatastrophen und Pandemien sowie durch das Zurverfügungstellen von technischem Gerät geschehen, wie dies in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert wurde.

Auch bei den Feuerwehren, THW und Rettungskräften wird die personelle Situation zunehmend schwierig. So sind viele freiwillige Feuerwehren nur noch bedingt einsatzfähig, z.B. weil aus beruflichen Gründen ein kurzfristiges Erreichen der Wache nicht möglich ist oder Schulungen nicht oder nicht in den notwendigen Abständen wahrgenommen werden können. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Gemeinsam mit allen Betroffenen müssen Wege gefunden werden, welche die Tätigkeit bei Feuerwehren und Rettungskräften attraktiver gestalten und einen Einsatz der betreffenden Personen auch ohne unzumutbare Störung des betrieblichen Ablaufes bzw. der beruflichen Tätigkeit möglich machen.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Stärke der Polizei Rheinland-Pfalz auf 11.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zu erhöhen
- eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten in allen Bereichen der „Blaulichtfamilie“
- ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen und Abbau der Überstunden
- eine bessere Ausrüstung der Polizei (hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf); ständige Aktualisierung und Aufwertung der Ausrüstung der Rettungskräfte
- verstärkte öffentliche Präsenz durch Fußstreifen: das Image „Schutzmann auf der Straße“ muss wiederhergestellt werden; dies muss neben einer Personalmehrung vor allem durch eine Entlastung von polizeifremden Tätigkeiten erfolgen (z.B. Begleitung von Schwertransporten, Kuriertätigkeiten für Justizbehörden).
- härtere Strafen bei Gewalt gegen Amtsträger, insbesondere Polizei und Rettungskräfte
- die auch länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen zu verbessern und zu intensivieren
- keine Toleranz für politischen und religiösen Extremismus; Stärkung der Polizeikommissariate im Bereich politisch motivierter Straftaten, mehr Personal beim Verfassungsschutz sowie Finanzierung von Präventionsprojekten
- keine Namenskennung im Einsatz
- eine flächendeckende Beschaffung von Bodycams für alle operativen Polizeikräfte, auch bei der Kriminalpolizei, den Kräften der kommunalen Vollzugsdienste sowie der Ordnungsbehörden; der Einsatz der Bodycams im nichtöffentlichen Raum (z.B. in Wohnungen) muss gestattet sein
- Rentenpunkte für ehrenamtlich Tätige der „Blaulichtfamilie“

5.2 Stärkung der Zusammenarbeit kommunaler Ordnungskräfte mit der Polizei

Bei der Sicherstellung der inneren Sicherheit sind auch die kommunalen Ordnungskräfte gefordert. Diese sollen nicht nur bei der Parkraumbewirtschaftung eingesetzt werden, sondern auch um sonstige Ordnungsverstöße im öffentlichen Raum frühzeitig zu erkennen und zu ahnden sowie um als Ansprechpartner für Passanten zur Verfügung zu stehen. Durch eine Stärkung der Zusammenarbeit kommunaler Ordnungskräfte mit der Polizei kann die Grundlage für ein verbessertes Sicherheitsgefühl und die Sicherstellung des Einhaltens von Regeln im öffentlichen Bereich deutlich verbessert werden. Regeln sind nur dann wirksam, wenn ihre Einhaltung auch kontrolliert und die Nichteinhaltung geahndet wird. Diese Aufgabe fällt bei Weitem nicht immer der Polizei zu, hier müssen kommunale Ordnungskräfte deutlich stärker als bisher tätig werden.

Seit langem sprechen sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) für ein Alkoholverbot auf bestimmten öffentlichen Plätzen aus. Dies setzt voraus, dass die jeweiligen Länder hierzu für die Kommunen die notwendigen Ermächtigungsgrundlagen schaffen. Diese fehlen in Rheinland-Pfalz derzeit, es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, in Zusammenarbeit von Ordnungsbehörden und Polizei solche Verbote zu erlassen und durchzusetzen und damit eine Ursache für Gewalt und Straßenkriminalität einzudämmen.

5.3 Personelle und materielle Stärkung der Justiz

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass der Rechts- und Justizstandort Rheinland-Pfalz gestärkt wird. Wir erachten das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit der Justiz als eines der wichtigsten Prinzipien in unserem Rechtsstaat. Sie gilt es unbedingt zu erhalten. Dies gelingt nur, wenn die Sparpolitik beendet und der Justiz in Rheinland-Pfalz wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Zwischen 2013 und 2016 hat die rot-grüne Regierung mehr als 45 Richter eingespart. 2016 z.B. wurden zwei weitere Richter- und Staatsanwaltsstellen eingespart, obwohl ein dem Justizministerium vorliegendes Gutachten feststellte, dass zu diesem Zeitpunkt landesweit 50 Richter an den Amts-, Land- und Oberlandesgerichten fehlen. Zwar wurden seit 2017 wieder zusätzliche Richterstellen geschaffen, jedoch nicht in ausreichender Menge. Hinzu kommt, dass durch eine bevorstehende Pensionierungswelle die Situation verschärft wird. Der rheinland-pfälzische Landesverband des Deutschen Richterbundes (DRB) fordert deswegen, dass Richter ihren Ruhestand freiwillig verschieben dürfen und z.B. bis 70 Recht sprechen sollen, um den entstehenden Mangel aufzufangen.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Einrichtung zusätzlicher Richterstellen und zusätzlicher Stellen für Staatsanwälte
- eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten
- eine bessere Ausrüstung der Justizangestellten; hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf
- keine Einmischung in Richterbesetzungsfragen durch die Landesregierung
- stärkere Beachtung der Gewaltenteilung – die Justiz ist keine „nachgeordnete Behörde“
- Gerichtsstandorte erhalten und modernisieren
- die Digitalisierung voranbringen – auch digitale Verhandlungen müssen möglich sein

6. Gesundheit und Soziales

Die jüngste Vergangenheit hat es eindringlich gezeigt: die Anerkennung und Wertschätzung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen muss deutlich verbessert werden, insbesondere im finanziellen Bereich. Um dies zu unterstützen und zumindest teilweise für eine Entlastung der Beschäftigten zu sorgen, halten wir die Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres mit angemessener Vergütung für sinnvoll. Damit kann eine verbesserte Wahrnehmung der betreffenden Berufe in der Bevölkerung erreicht und für eine gezielte personelle Entlastung gesorgt werden.

Darüber hinaus gibt es im Gesundheitswesen zahlreiche Mängel, die es zu beseitigen gilt. Die Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung für alle Bürger ist nicht mehr flächendeckend gegeben, insbesondere was die Versorgung mit Medikamenten betrifft. Die Abhängigkeit von Importen z.B. aus China kann in diesem Bereich langfristig fatale Folgen haben. Dadurch tritt die vorhandene Zwei-Klassen-Medizin noch stärker hervor. Auch das Abrechnungssystem zwischen Ärzten und Krankenhäusern auf der einen und den Krankenkassen auf der anderen Seite bedarf einer umfassenden Reform.

Wir FREIE WÄHLER wollen eine Qualitätsoffensive für Krankenhäuser starten. Wer im Krankenhaus liegt, soll möglichst schnell gesund werden. Dazu braucht es Qualität und Wohlbefinden. Gerade bei tropischen Temperaturen, wie wir sie jetzt im dritten Hitzesommer in Folge erlebt haben, bedarf es für Patienten und Pflegekräfte klimatisierter Räume. Was auf den Stationen der Privatversicherten üblich

FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz – Bürgernahe Politik mit gesundem Menschenverstand. Mehr Infos unter www.fwrlp.de

ist, muss auch für gesetzlich Versicherte Standard werden. Für Pflegekräfte ist nicht nur eine bessere Bezahlung wichtig, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen. Im Sommer müssen Krankenhäuser mit Klimaanlage auf dem neuesten Stand der Technik selbstverständlich sein. Moderne Klimaanlage mit Frischluftzufuhr kühlen nicht nur, sie führen zu einer Verminderung von Viren und Krankheitserregern in der Raumluft.

6.1 Erhalt der wohnortnahen Gesundheitsversorgung

Der Ärztemangel auf dem Land muss gestoppt werden. Wir FREIE WÄHLER wollen eine wohnortnahe und flächendeckende Gesundheitsversorgung in ganz Rheinland-Pfalz. Ländliche Regionen müssen gezielt gestärkt werden, um ein Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land zu verhindern. Eine Versorgungslücke kann nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Apothekern und Therapeuten verhindert werden. Wir FREIE WÄHLER wollen den Ärztemangel besonders auf dem Land bekämpfen, indem wir die Arbeitsbedingungen vor Ort verbessern. Durch eine solide und verlässliche Finanzierung wollen wir den Erhalt und Ausbau kommunaler Krankenhäuser sichern und die Vielfalt öffentlich-rechtlicher, privater und gemeinnütziger Träger bewahren. Nur so wird gesichert, dass Krankenhäuser in wohnortnaher Entfernung bestehen bleiben. Es darf kein Krankenhaus aus finanziellen Gründen geschlossen werden. Wir FREIE WÄHLER fordern zudem eine angemessene Finanzierung und unbürokratische Zulassung von Notärzten. Das Land braucht eine flächendeckende und funktionierende Notarztversorgung. Lücken in dieser Versorgung gefährden Leben. Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass ein Notarzt zur Stelle ist, wenn er gebraucht wird. Umgekehrt muss sich der Notarzt auf seine Honorierung verlassen können.

Um dem Ärztemangel, insbesondere in ländlichen Regionen, entgegenzuwirken, müssen wir engagierte junge Menschen für den Arztberuf interessieren und ausbilden. Es muss gelingen, die Bewerberauswahl derart durchzuführen, dass gerade diejenigen einen Studienplatz erhalten, die sich später als Arzt niederlassen und nicht in die Forschung oder zur Pharmaindustrie gehen wollen. Das bedeutet, dass Kriterien wie eine abgeschlossene Berufsausbildung, beispielsweise als Krankenschwester oder Rettungssanitäter, stärker ins Gewicht fallen müssen. Wenn die Anzahl der Studienabsolventen steigt, die Arzt werden, nimmt auch die Chance zu, dass sie sich in ausreichender Zahl im ländlichen Raum niederlassen. Darüber hinaus wollen wir weitere Studienplätze für Medizin schaffen.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss über den Ausbau finanzieller Anreize für die Niederlassung von Ärzten auf dem Land nachgedacht werden. Medizinische Versorgungszentren sollen gefördert und auch in kommunaler Hand geführt werden. Ebenso muss der Berufsstand der Hebammen besser gefördert sowie Hebammenzentralen an (Kreis-) Krankenhäuser angegliedert werden.

Im Bereich der Pflege gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Jeder soll die Möglichkeit haben, möglichst lange selbstbestimmt im eigenen Haushalt zu leben. Dafür muss es ausreichend ambulante Dienste und Hilfen geben. Für alle, die nicht mehr zu Hause bleiben können oder möchten brauchen wir ein Netz aus kleinen und heimatnahen Pflegeeinrichtungen.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- Anerkennung und Wertschätzung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen und deren ordentliche Bezahlung
- keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern
- Förderung medizinischer Versorgungszentren und Hebammenzentralen

- Impfungen auf freiwilliger Basis
- den Patienten im Mittelpunkt, nicht der Profit
- medizinische Grundversorgung für alle Bürger
- „ambulant vor stationär“ im Pflegebereich
- Aufbau eines Netzes von kleinen und heimatnahen Pflegeeinrichtungen
- transparentes und faires Abrechnungsverfahren zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern/Arztpraxen
- Reduzierung der Anzahl der Krankenkassen
- Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres mit angemessener Vergütung
- Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin
- Sicherstellung der nationalen Versorgung mit Medikamenten
- Gründung einer Landeskrankenhausgesellschaft

6.2 Förderung von Begegnungsstätten und Mehrgenerationenhäusern

Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist wesentlich von der Verbindung innerhalb der Generationen sowie der Generationen untereinander abhängig. Aufgabe der Politik ist es, gute Bedingungen für solche Verbindungen herzustellen. Neben der Schaffung von Begegnungsstätten und Kommunikationsflächen ist die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern ein wichtiger Baustein. Darüber hinaus muss der demografischen Entwicklung Rechnung getragen werden, indem für die ältere Generation mehr Möglichkeiten der aktiven Teilhabe geschaffen werden. Bei der Suche nach neuen Aufgaben und Beschäftigungen sowie bei der Weitergabe von Erfahrung und Wissen muss intensiver unterstützt werden. Auch die Förderung einer Verflechtung von Schulen untereinander und von Schulen und Kitas auf der einen und Senioreneinrichtungen auf der anderen Seite gewinnt an Bedeutung.

6.3 Bekämpfung von Kinderarmut und Altersarmut

Die Ursachen von Kinderarmut sind vielfältig, die Bekämpfung muss daher auf einem umfassenden und sorgfältig abgestimmten Konzept basieren. Ein wesentlicher Punkt ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem die Möglichkeiten für Kinderbetreuung ausgeweitet werden. Dies hilft Alleinerziehenden und Familien mit nur geringem Einkommen, da die Zeit, die nicht mehr zur Kinderbetreuung verwendet werden muss, zur Generierung von zusätzlichem Einkommen genutzt werden kann. Das bedeutet aber auch, dass dieses zusätzliche Einkommen nicht gleich wieder durch die Kosten für die Kinderbetreuung verbraucht werden darf. Außerdem muss durch eine verbesserte Bildung eine Grundlage geschaffen werden, damit Kinderarmut langfristig reduziert wird.

Auch Altersarmut hat mehr als eine Ursache. Die demografische Entwicklung ist ursächlich dafür, dass das umlagefinanzierte Rentensystem nicht mehr geeignet ist, eine stabile finanzielle Alterssicherung zu gewährleisten. Die meisten Maßnahmen und Veränderungen, die notwendig sind um diesen Prozess zu stoppen und umzukehren, müssen auf Bundesebene in Gang gesetzt werden. Doch es gibt einzelne Felder, auf denen auch auf Landesebene wirksame Maßnahmen ergriffen werden können. Ziel ist eine hohe Arbeitsmarktbeteiligung sowie ein besserer Zugang zu Bildung und Fortbildung. Darüber hinaus muss die Landesregierung über den Bundesrat Einfluss auf den Bund nehmen und dort neue Wege der Alterssicherung anstoßen. Wir wollen eine Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Rentensystems, z.B. durch die Einführung einer Abgabe auf Automatisierungsprozesse.

6.4 Wohnen und Wohneigentum

Wir FREIE WÄHLER wollen bezahlbares Wohnen in Rheinland-Pfalz sicherstellen. Dazu gehören für uns bezahlbare Mieten, mehr Bauaktivität im Geschosswohnungsbau und eine Erhöhung der Wohneigentumsquote. Das Leben in den eigenen vier Wänden darf kein Privileg darstellen, sondern muss der Mitte der Bevölkerung zugänglich sein. Eine hohe Wohneigentumsquote macht unser Land krisenfest, schafft generationenüberdauernde Werte und erhöht die persönliche Freiheit.

Der angespannte Wohnungsmarkt in den Oberzentren des Landes treibt die Mietpreise nach oben. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum deckt längst nicht mehr die Nachfrage. Die Antwort auf diese Entwicklung kann keine grenzenlose Nachverdichtung in den Städten sein. Grün- und Erholungsflächen müssen geschützt und die Belastbarkeitsgrenzen der Infrastruktur bedacht werden, damit die Lebensqualität in den Städten langfristig erhalten bleibt. Verbunden mit der Forderung nach gleichen Lebensverhältnissen in Stadt und Land muss beim Wohnungsmarkt großräumig gedacht und das Umland der Oberzentren stärker einbezogen werden.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Verstetigung der öffentlichen Wohnungsbauförderung in den Mittel- und Oberzentren
- die Stärkung des geförderten Wohnungsbaus auch im Umland der Oberzentren, um einen gesunden Wohnraum-Mix in den Regionen zu erreichen
- das Mitdenken und Fördern neuer Wohnformen, z.B. Mehrgenerationen-WGs und Lebensphasen-Konzepte, und den Wechsel von verschiedenen Wohnformen
- die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen; die Genehmigungsbürokratie muss eingedämmt und die Digitalisierung z.B. durch die digitale Bauakte genutzt werden
- die Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur in Stadt und Land, um den Druck auf die Zentren zu reduzieren und das Umland attraktiv zu halten
- einen attraktiven ländlichen Raum; dazu braucht es leistungsfähige Kitas, Grundschulen, medizinische und kulturelle Einrichtungen
- die Start-Up Förderung auch außerhalb von Städten, um bisher wirtschaftlich schwache Landesteile gezielt als Wohn- und Arbeitsstandort zu fördern
- die Erhöhung der Eigentumsquote zur Entlastung des Mietmarktes; dies führt zu einer Steigerung der individuellen Freiheit und zur generationenübergreifenden Stabilisierung der Gesellschaft
- eine Senkung der Grunderwerbskosten für Wohneigentum; dazu muss die Grunderwerbssteuer gesenkt werden (hierfür müssen bestehende Fehlanreize im Länderfinanzausgleich durch eine Bundesratsinitiative beseitigt werden)
- eine Wiederbelebung der Erbpachtgrundstücke, um auch Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen den Weg ins Wohneigentum zu ebnen
- die Zulassung von modernen Formen des Wohneigentums in Bebauungsplänen (z.B. Tiny Houses)
- eine Modernisierung und Vereinfachung des Baurechts
- die Förderung von kommunalen Siedlungsgesellschaften

7. Bildung, Kultur und Sport

7.1 Bildungsstandort stärken, Digitalisierung vorantreiben

Bildung ist die Grundlage einer modernen Gesellschaft. Sie verschafft den Zugang zu Arbeit und Wohlstand, sie schützt vor politischer Bevormundung, sie ist die Grundlage für die Wirtschaftskraft unseres Landes. Wir FREIE WÄHLER fordern daher: Egal was die Zukunft bringt, bei Schulen und Kitas darf nicht gespart werden! Nur so erreichen wir ein optimales Bildungssystem mit größtmöglicher Chancengerechtigkeit. Unser Ziel: Chancen für Alle, unabhängig von der sozialen Herkunft.

Wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung, dass ein gegliedertes Schulsystem bessere und spezifischere Fördermöglichkeiten für die individuellen Begabungen der Kinder bietet, als dies die Einheitsschule kann. Damit jedes Kind auch tatsächlich seinen optimalen Bildungsweg geht, soll das Beratungsangebot an die Eltern ausgebaut und die Bedingungen für die individuelle Förderung weiter verbessert werden. Wir FREIE WÄHLER wollen ein arbeitsmarktbezogenes und ein humanistisches Bildungsideal verbinden. Die Schule soll nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch soziale Kompetenzen und den Charakter bilden. Wir wollen unseren Kindern eine kulturelle Basis und klare moralische Maßstäbe vermitteln. Wir brauchen selbständig denkende, kritische und engagierte junge Menschen, die Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernehmen.

Wir setzen uns für den Erhalt der kleinen Schulen ein. Nach dem Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ wollen wir allen Kindern eine wohnungsnaher Grundschule anbieten. Die Schülerbeförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln muss verbessert werden. Die aktuelle Situation mit chronisch überfüllten Bussen ist inakzeptabel.

Um dem Förderbedarf der Kinder gerecht zu werden setzen wir auf kleinere Klassen – im Interesse der Kinder und der Lehrer.

Die Digitalisierung an den Schulen und Universitäten muss vorangetrieben werden. Insbesondere ist es notwendig, dies besser zu strukturieren. Es macht z.B. wenig Sinn, Laptops für eine Schule anzuschaffen, solange das Netzwerk der Schule für eine solche Nutzung und Auslastung nicht ausreicht. Deshalb müssen in den nächsten fünf Jahren alle Schulen an das Gigabitnetz angeschlossen werden. Gleichzeitig muss für alle Schüler ein schuleigenes Mobilgerät zum Lernen und Arbeiten zur Verfügung stehen. Hierzu sollten eigene IT-Stellen an den Ausbildungsstätten und Schulen ausgewiesen werden. Einen ausgebildeten Lehrer zum IT-Beauftragten zu ernennen genügt nicht und bindet Arbeitskraft an der falschen Stelle.

Gleichzeitig soll parallel zur Digitalisierung der Umgang mit der Natur stärker in den Vordergrund rücken. Die Förderung von Umweltbewusstsein muss den gleichen Stellenwert haben wie die Förderung von digitalen Kompetenzen.

7.2 Kita-Angebot und Ganztagschulangebot ausbauen

Wir FREIE WÄHLER sind geprägt vom europäischen Welt- und Menschenbild. Die Gemeinschaft aus Eltern und Kindern verdient unseren besonderen Schutz. Sie gilt es als ein Fundament unserer Gesellschaft zu stärken. Wir wollen mit unserer Politik ein familienfreundliches Klima schaffen. Die Erziehung und Sorge für die heranwachsende

Generation sind das Recht und die Pflicht der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten. Der Staat soll Eltern und Sorgeberechtigte bei der Kindererziehung unterstützen, nicht ersetzen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können. Dennoch ist ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr mit dem Ziel, auf die Schule vorzubereiten und die Chancengleichheit zu verbessern, sinnvoll.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unser Ziel. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb im Landtag dafür sorgen, dass das Betreuungsangebot für Kinder verbessert wird. Immer mehr Eltern, vor allem alleinerziehende, sind auf ein funktionierendes Kita- und Ganztagsschulangebot angewiesen. Wer die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst nimmt, der muss dafür Sorge tragen, dass eben diese Angebote ausgebaut werden. Ohne ein ausreichendes Angebot an Kitaplätzen und Ganztagschulen ist es oft schwer Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Wir FREIE WÄHLER fordern daher den konsequenten Ausbau dieses Angebotes.

Im Kindergarten erwerben Kinder spielerisch Grundlagen in Sprache, mathematischem Denken, Sozialem, Gemeinschaft, Emotionalen, Motorik und Disziplin. Angesichts der zunehmend urbanen und digitalen Lebenswirklichkeit vieler Kinder erhält die Erkundung der Natur auf dem Kindergarten Gelände oder in Waldwochen erhöhte Bedeutung.

7.3 Personelle und materielle Stärkung von Kitas und Schulen

Die Bildungseinrichtungen von der Kindertagesstätte über die verschiedenen Schulen bis zu den Hochschulen müssen personell und materiell so ausgestattet werden, dass sie auch der Bildungs- und Erziehungsaufgabe gerecht werden können. Hier besteht in Rheinland-Pfalz erheblicher Nachholbedarf. Statt mehr Lehrer einzustellen, setzt die Landesregierung derzeit auf Vertretungslehrer, die in den Schulferien entlassen werden um Kosten zu sparen, oder auf PES-Kräfte: PES steht für „Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbständigkeit von Schulen“, ein Programm, wonach die Schulen für die Vertretung von Unterricht Lehrkräfte anstellen können. Statt von fertig ausgebildeten Lehrern werden die Kinder dann von PES-Kräften unterrichtet, die zumeist ihre Ausbildung noch nicht beendet haben. Wir FREIE WÄHLER halten diese Einstellungspraxis für inakzeptabel und fordern ein grundlegendes Umsteuern in der Personalpolitik des Landes. Auch bei der Umsetzung der Inklusion zeigen sich erhebliche Probleme: Statt die Schulklassen deutlich zu verkleinern und das pädagogische Personal um sonderpädagogisches, pflegerisches und psychologisches zu ergänzen, läuft das Inklusionsmodell der Landesregierung auf das Einpassen in das bestehende System bis an die Grenzen des Zumutbaren für alle Beteiligten hinaus. Wir FREIE WÄHLER fordern daher, dass mehr Geld in den inklusionsbedingten Umbau des Regelschulsystems investiert wird, um den gestellten Aufgaben gerecht werden zu können. Eine mögliche Alternative wäre die Rückkehr zur Förderschule. Die Förderschulen zu schließen, ohne die nötigen Investitionen in das bestehende Regelschulsystem zu tätigen, ist zum Scheitern verurteilt und wird die mit der Inklusion verfolgten Ziele nicht erreichen können.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- gleiche Chancen für alle Kinder
- die Bedingungen für die individuelle Förderung weiter zu verbessern

- die Einstellung von sonderpädagogischen, pflegerischen und psychologischen Kräften, um die Inklusion verwirklichen zu können
- die Einstellung von mehr Lehrern, auch für den Vertretungsunterricht
- ein Verbot, Vertretungslehrer als „Regellehrer“ einzusetzen – Vertretungslehrer sollen den regulären Lehrer vertreten und nicht ersetzen
- fertig ausgebildete Lehrer und keine PES-Kräfte ohne abgeschlossene Ausbildung
- Umwandlung von Zeitverträgen in Daueranstellungen – „Ferienkündigungen“ abschaffen

7.4 Bildungsangebote der Schulen verbessern

Jedes Kind muss in der Schule ausreichend Deutsch sprechen, um dem Unterricht folgen zu können. Wir FREIE WÄHLER fordern eine verbindliche Vorschule mit dem Schwerpunkt der Spracherziehung. Eine Sprachförderung sollte auch den Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund ermöglicht werden, damit sie ihre Kinder erfolgreich begleiten können und selbst Chancen zur Entfaltung erhalten.

Wir wollen die wohnortnahe Grundschule erhalten. Die ersten Schuljahre festigen die Gemeinschafts-, Lebens- und Lernfreude, die in der Kita bereits gezielt gefördert werden muss. Die Grundschule vermittelt das fachliche Wissen, die sozialen Kompetenzen und die geistige Belastungsfähigkeit für einen reibungslosen Einstieg in die weiterführende Schule.

Unsere Grundschüler sollen durch kleinere Klassen und den Ausbau des Ganztagsangebots stärker und individueller gefördert werden. Darüber hinaus wollen wir mit einem Beratungsangebot für alle Schüler die Voraussetzungen für eine begabungsgerechte Schulwahl verbessern. Vor allem die gezielte Förderung der Kernkompetenzen Deutsch, Englisch, der Naturwissenschaften sowie der Sozialkompetenz soll verstärkt werden. Der Erhalt der humanistischen Fächer an den Schulen sowie Förderung und Ausbau der alten Sprachen (Latein, Griechisch) sind uns ebenfalls wichtig. Dabei ist das Leistungsprinzip eine wichtige Vorbereitung auf die Berufswelt. Der moderne Arbeitsmarkt braucht Fachwissen, Teamfähigkeit, Empathie, Intuition und Gestaltungswillen. Es ist Aufgabe des Bildungssystems diese Fertigkeiten Schultyp und Schülern entsprechend zu vermitteln. Hierzu gehört auch, das Handwerk sowie die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik und Strukturwissenschaften) stärker in den Blickpunkt zu rücken.

In den Kreativfächern (Musik, Kunst, Theater etc.) sowie im Sport sollen Kernkompetenzen wie Körperbeherrschung, Achtsamkeit, Teamfähigkeit, Kreativität und Gestaltungsfähigkeit vermittelt und gefördert werden. Es muss darüber nachgedacht werden, in diesen Fächern keine Noten zu vergeben und trotzdem Ergebnisse, Anstrengungen und individuelle Fortschritte zu bewerten.

Wir FREIE WÄHLER wollen keine bildungspolitischen Maßnahmen, die zu einer vermeidbaren Belastung von Schülern und Lehrern führen. Das heißt für uns: Keine Experimente und keine Zusammenlegung von Schulformen ohne ausdrücklichen Nachweis, dass diese bildungspolitisch notwendig und effizient sind. Stattdessen müssen Schulen selbst gestalten und in begrenztem Umfang eigene Ideen umsetzen können, ohne an bürokratischen Hürden oder Regularien zu scheitern. Wir wollen, dass das Land Netzwerke und Infrastruktur zur Verfügung stellt, mit der die rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen größere Projekte

organisieren und Zusammenarbeit koordinieren können. Auch länderübergreifende Abkommen sind denkbar.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- Lehrpläne, die sich auf Grund- und Allgemeinbildung konzentrieren.
- Die Gewährleistung von Schwimmunterricht muss für jedes Kind
- Informatik mittelfristig als Pflichtfach für alle Schüler
- die verbindliche Einführung des Unterrichtsfachs Ökologie an allen Schulen
- ein klares Bekenntnis zu G9
- die Förderung von Medienkompetenz und des kritischen Umgangs mit Informationskanälen (Fernseher, Zeitung, Internet, Politik); hierzu gehört auch eine Grundaufklärung über Quellen, Statistik, Manipulations- und Propagandatechniken
- die Förderung von Selbst-Organisation, Rhetorik, strukturiertem Arbeiten
- eine bessere Strukturierung der Anforderungen in den Klassen 1-4, d.h. weg vom Prinzip „Schmusekurs“, hin zum Leistungsprinzip als Vorbereitung auf die weitere schulische Laufbahn und das Leben
- das Festhalten am Prinzip des Fachunterrichts durch fachbezogen ausgebildete Lehrer
- mehr Studienplätze für sog. Mangelfächer (Kunst, Informatik, Chemie, Physik, Latein, Griechisch etc.)
- begleitende Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte, die von gravierenden Veränderungen im Lehrplan betroffen sind
- Übergangsklassen für nicht Deutsch sprechende Kinder, um diese dort sprachlich auf die Regelklasse vorzubereiten

7.5 Schulsozialarbeit als Pflichtaufgabe des Landes

Wir FREIE WÄHLER fordern, dass die Landesregierung alle Schulsozialarbeiterstellen in die Landesförderung übernimmt, die mit Bundesmitteln aus dem zum Ende 2013 ausgelaufenen Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes in Rheinland-Pfalz neu geschaffen wurden. Die Schulsozialarbeiter sind wichtige Ansprechpartner für Eltern, Schüler und Lehrer bei der Bewältigung schulischer, privater und häuslicher Probleme und Fragen. Gerade wenn beide Elternteile berufstätig sind, Kinder aus bildungsfernen Familien kommen oder die Zeit fehlt, über aufkommende Probleme – beispielsweise Lernschwächen oder Mobbing an Schulen – zu sprechen, brauchen die Schüler einen Ansprechpartner, der mit Sachverstand und Einfühlungsvermögen vertrauensvolle Hilfe bietet. Zugleich entlasten die Schulsozialarbeiter die Lehrer bei der individuellen Betreuung der Schüler.

7.6 Zukunftsfähiger Ausbau der Universitäten

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Universitäten und andere Hochschulen auch der Bildung von Persönlichkeit und eigenständiger Urteilskraft Platz einräumen und Muße für zweckfreies Denken erlauben. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Modularisierung („Bologna-Prozess“) überdenken. Denn die Gesellschaft braucht nicht nur Absolventen, sondern Persönlichkeiten, die in der Lage sind Führungsfunktionen mit Verantwortung ausüben zu

können. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der zurückliegenden Jahre hat gezeigt, dass fachliches Wissen alleine noch keine Führungspersönlichkeit ausmacht.

Darüber hinaus müssen die Universitäten den sich ständig verändernden Anforderungen schneller und effektiver als bisher angepasst werden. Hier ist insbesondere die Lehrerausbildung zu nennen, die grundlegend verbessert und den Anforderungen der Digitalisierung angepasst werden muss. Gleichzeitig ist der Ausbau z.B. der Ausbildung von Medizinern dringender erforderlich, um drohenden und schon eingetretenen Mängeln entgegenzuwirken.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Rückkehr zu alten Studienabschlüssen zu prüfen
- das Lehramtsstudium zu verbessern und berufsbezogener zu gestalten
- die Studienplätze in der Medizin auszubauen
- gezielte Förderung von studentischem Wohnraum
- ein unbürokratisches, familienunabhängiges BAföG
- die Aufwertung der dualen Bildung
- die Förderung von Teilzeitstudiengängen
- die Stärkung des Europäischen Bildungsaustauschs
- die Förderung von lebenslangem Lernen (wie Seniorenstudium, VHS)
- die finanzielle Ausstattung der Universitätsstandorte Koblenz, Landau und Kaiserslautern zu verbessern
- die eigenständige Universität Landau beizubehalten

7.7 Bessere Förderung der kulturellen Grundlagen

Kultur ist eine wichtige Grundlage unserer Gesellschaft und spielt bei politischen, gesellschaftlichen und individuellen Fragen eine wesentliche Rolle. Sie sollte zusammen mit Bildung ein lebenslanger Begleitaspekt der Menschen sein. Ein ausreichendes und qualitativ ansprechendes Kultur- und Bildungsangebot muss daher in allen Kommunen möglich sein, unabhängig von deren finanzieller Situation. Hierzu gehören neben einem ausgewogenen Angebot im Bereich darstellende und bildende Künste auch das regionale Brauchtum und die heimischen Kulturlandschaften. Dabei muss auch ganz konkret eine Förderung der Kunst- und Kulturschaffenden ins Auge gefasst werden. Diese Akteure sind die Grundlage einer lebendigen Kultur. Ohne sie ist kein auf Dauer ausgelegtes Kulturangebot möglich.

Zu unseren besonderen kulturellen Grundlagen gehören aber auch die Vereine, die Hilfsorganisationen und das Ehrenamt. Diese gilt es intensiver zu unterstützen. So setzen wir uns beispielsweise dafür ein, dass das Ehrenamt deutlich gestärkt wird. Wer im Ehrenamt für andere da ist und das über viele Jahre oder gar Jahrzehnte, soll nach unserer Auffassung für diese gesellschaftlich bedeutende Arbeit im Rentensystem Rentenzeiten und -punkte gutgeschrieben bekommen.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Verankerung von Kultur als Pflichtaufgabe in der Landesverfassung, um nicht mehr als freiwillige Leistung in den Kommunalhaushalten geführt zu werden.
- bis spätestens 2022 die Verabschiedung eines Kulturfördergesetzes durch das Land Rheinland-Pfalz
- die Erhaltung und Stärkung der Orchester in Rheinland-Pfalz
- die Verbesserung der Förderung der Theater in Rheinland-Pfalz
- den Erhalt und stärkere Unterstützung der Landesmuseen
- den „KulturSommer Rheinland-Pfalz“ neu zu denken und entsprechend zu verändern
- die stärkere Vernetzung von Kultur und Tourismus

7.8 Sportförderung

Im Bereich des Sports sollte die Unterstützung präventiver oder therapeutischer Sportgruppen (z.B. Herzsportgruppen) intensiviert werden. Langfristig wird sich dies durch Einsparungen im Gesundheitswesen auszahlen. Auch der Bereich des Amateursports und der Jugendarbeit im Sport ist derzeit nach unserer Auffassung nur unzureichend gefördert. Dies ist nicht zuletzt der angespannten Finanzlage der Kommunen geschuldet, die eine umfassendere und zielgerichtetere Förderung (z.B. bei der Materialausstattung) nicht finanzieren können. Hier ist das Land in der Pflicht.

8. Mehr Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie stärken

Die Bürger müssen die zentralen Gestalter der Politik werden. Wir FREIEN WÄHLER stehen für den massiven Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Politik lebt vom Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Wir sind überzeugt, dass mehr direkte Demokratie zu besseren politischen Entscheidungen und zu einer nachhaltigen Reduzierung der Politikverdrossenheit in Rheinland-Pfalz führt.

Das Internet bietet neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie bequemerer Abwicklung politischer und administrativer Abläufe. Wir FREIE WÄHLER sehen in „EGovernment“ eine große Chance, direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten zu etablieren und Verwaltungsabläufe zwischen Staat und Bürger sowie zwischen Behörden einfacher und nachvollziehbarer zu gestalten. Politische Beteiligung, Information und transparente Verwaltungsabläufe sind Voraussetzungen dafür, dass die Bürger verantwortlich mitgestalten können und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen erhöht wird.

Wir FREIEN WÄHLER fordern

- die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheid zu senken.
- die Direktwahl des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz
- einen Bezirkstag nicht nur in der Pfalz, sondern im ganzen Land für alle Bezirke

**Wir sind bereit die Zukunftsfragen von Rheinland-Pfalz
gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten.
Nutzen Sie Ihre Chance und unterstützen Sie uns am 14. März mit
Ihrer Stimme!**

Wählen Sie FREIE WÄHLER